

Caritas will spezialisierte ambulante Palliativversorgung

Pflege Ein beschwerlicher Weg. Hilfe aus Ministerium erwartet

VON URSULA KATHARINA BALKEN

Vöhringen Die Einrichtung einer spezialisierten ambulanten Palliativversorgung für den Landkreis Neu-Ulm hat sich der Caritasverein zum Ziel gesetzt. Dabei stützt sich die Caritas auf eine gesetzliche Verordnung aus dem Jahr 2007, die diese Versorgung rechtsverbindlich regelt. Demnach gehört die Finanzierung des zeitlichen Mehraufwandes für die Pflege schwerstkranker Menschen zu den Aufgaben der gesetzlichen Krankenkassen sowie der Pflegeversicherung. Doch die Umsetzung dieses Vorhabens macht auf dem flachen Land Probleme. Eine von Umwelt- und Gesundheitsminister Dr. Markus Söder initiierte Arbeitsgruppe wird sich Ende Oktober erstmals mit der Problematik der Palliativversorgung im ländlichen Raum befassen.

Mit dieser Nachricht ist die Vorsitzende des Caritasvereins, Johanna Kempfer, nach Gesprächen im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit aus München zurückgekehrt. An der Gesprächsrunde nahmen auch Bürgermeister Karl Janson, von der Caritas Friedrich Spang, Wolfgang Tengler, Ursula Sailer-Langendiekhoff, Vertreter der AOK Bayern, die Palliativmediziner Dr. Christine Milz, Vöhringen und Dr. Rudolf Brach-



Johanna Kempfer, Vorsitzende des Caritasvereins, kämpft für eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung in ländlichen Gebieten.

Foto: Ursula Katharina Balken

mann, Buch sowie vom Ministerium Dr. Gabriele Hartl und Barbara Limmer teil. „Die Bildung einer Arbeitsgruppe ist ein Schritt in die richtige Richtung“, kommentiert

„Die Bildung einer Arbeitsgruppe ist ein Schritt in die richtige Richtung.“

Johanna Kempfer
Vorsitzende Caritasverein

Vorsitzende Kempfer das Gesprächsergebnis. Um dem Wunsch der Caritas noch mehr Nachdruck zu verleihen, wurde auch MdB Dr. Georg Nüßlein eingeschaltet.

Palliative Versorgung stellt im Grunde für den Caritasverein nichts Neues dar. Seit Jahren werden kranke Menschen auf ihrem letzten Stück Lebensweg begleitet. Für die Caritas-Centren in Vöhringen und Illertissen sowie für die Sozialstation gehört das zu den Aufgaben, denen sich mit besonderer Sorgfalt gewidmet wird. Wo liegt dann aber das Problem, wenn der Bund die gesetzlichen Voraussetzungen bereits geschaffen hat? Johanna Kempfer erläutert: Um Palliativversorgung leisten zu können, müsste zwischen Caritas, Krankenkassen und Pflegeversicherung ein Vertrag abgeschlossen werden. Doch die darin genannten Anforderungen an Personal, Organisation und den immensen Zeitaufwand in der palliativen

Betreuung hält sie für eine fast nicht zu stemmende Herausforderung, zumal ein eigenes Team für die spezialisierte ambulante Palliativversorgung aufgebaut werden muss. Laut diesem Vertrag wird aber auch ein Einzugsgebiet von 250 000 Einwohnern vorausgesetzt. „Das ist im ländlichen Raum nicht erfüllbar“, betont Johanna Kempfer. „Im Landkreis Neu-Ulm leben rund 144 000 Menschen, das hieße ja, dass der Aufbau einer zentralen Palliativversorgung gar nicht möglich ist.“

Fragen an die AOK, ob andere Lösungen möglich sind, damit auch auf dem Land Palliativbetreuung unter den gegebenen Bedingungen umsetzbar ist und ob der Mehraufwand für die aufwendige Pflege mit den Krankenkassen auch ohne Vertrag abgerechnet werden kann, wurde negativ beantwortet. Dies, so ließ die Krankenkasse wissen, sei im Augenblick nicht möglich, da Sozialstationen nur Leistungen abrechnen können, die im Gebührenkatalog aufgeführt sind. Kempfer: „Um im Rahmen der häuslichen Krankenpflege generell eine höhere Vergütung für besonders pflegeintensive Fälle zu erhalten, sind neue Gebührenverhandlungen nötig. Und das ist erfahrungsgemäß ein langwieriger Prozess.“ Jetzt hofft der Caritasverein auf die Arbeitsgruppe im Ministerium. „Wir sind überzeugt, mit einem schlüssigen Konzept alle Voraussetzungen einer qualitativ hochwertigen Palliativversorgung auch auf dem Land realisieren zu können, wenn die Vorgaben so geändert werden, dass die Vernetzung der bereits bestehenden Dienste ermöglicht wird. Bis jetzt dürfen Palliativkräfte nur innerhalb ihres Aufgabengebietes im Palliativteam einer personell und finanziell eigenständigen Organisationseinheit eingesetzt werden. Ein flexibler Einsatz in anderen Bereichen ist nicht möglich. In der Einrichtung eines Arbeitskreises im Bayerischen Gesundheitsministerium sieht Kempfer eine Chance, Hindernisse abzubauen.“

Da es sich bei den Vorgaben um Richtlinien des Bundesgesundheitsministeriums handelt, hofft die Vorsitzende nun auf Bundestagsabgeordneten Dr. Georg Nüßlein, das Problem auf Bundesebene zur Sprache zu bringen.

Palliativversorgung

● Die bisherige Umsetzung der Palliativbetreuung von nicht mehr heilbaren Patienten bestätigt dem Caritasverein, dass die Voraussetzungen im ländlichen Raum nicht zu erbringen sind. Bisher wurden im Freistaat neun spezialisierte, ambulante Palliativversorgungsteams gegründet. Laut AOK Bayern in Augsburg, München, Regensburg, Bamberg, Fürth, Erlangen und Taufkirchen. Das sind, so argumentiert die Caritasvereins-Vorsitzende Johanna Kempfer, lauter große Städte, also Ballungszentren.

● Daher also ist der ländliche Raum unterversorgt. Im Moment wird die benötigte Mehrzeit in der Palliativbetreuung aus den Beiträgen finanziert, die die Mitglieder des Caritasvereins erbringen. (ub)